



Regierungsratsbeschluss vom 02. Februar 2016

Übernahme der Verordnung (EU) Nr. 515/2014 zur Schaffung des Fonds für die innere Sicherheit (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands); Vernehmlassung

P151825

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Staatssekretariat für Migration (per Email an chantal.perrard@bfm.admin.ch).

Begründung

Die Verordnung (EU) Nr. 515/2014 zur Schaffung des Fonds für die innere Sicherheit stellt eine Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes dar, zu deren Übernahme sich die Schweiz im Rahmen des Schengen-Assoziierungsabkommens verpflichtet hat. Mit dem neuen Fonds, der das Nachfolgeinstrument des Aussengrenzenfonds darstellt, sollen Schengen-Staaten, die aufgrund ihrer ausgedehnten Land- und/oder Seegrenzen sowie bedeutenden internationalen Flughäfen hohe Kosten für den Schutz der Schengen-Aussengrenzen tragen, weiterhin finanziell entlastet werden. Der Regierungsrat begrüsst die Weiterführung des eingeschlagenen Wegs und unterstützt die Beteiligung der Schweiz an diesem neuen Fonds, verzichtet jedoch mangels kantonaler Betroffenheit auf eine einlässliche Vernehmlassungsantwort.

